

STANDPUNKT VOM 15.11.2021

zur Länder-Tarifrunde 2021 (TV-L)

INHALT

1. **Vorwort**
2. **Die gescheiterte zweite Verhandlungsrunde (1. / 2. November 2021)**
3. **Welche Forderungen werden von den Gewerkschaften für tarifbeschäftigte Lehrkräfte gestellt?**
4. **Warum sind die Verhandlungen gescheitert?**
5. **Warnstreiks**
6. **Wie bewertet SchaLL die aktuellen Forderungen der Gewerkschaften für Lehrkräfte zur Länder-Tarifrunde 2021?**
7. **Warum ist SchaLL mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht zufrieden?**
8. **---> Die Forderungen der SchaLL für tarifbeschäftigte Lehrkräfte zur Länder-Tarifrunde 2021**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die zweite Verhandlungsrunde ist gescheitert. Wir informieren Euch heute über die Länder-Tarifrunde 2021, die Forderungen der Gewerkschaften, Warnstreiks und natürlich den Hintergrund und die Forderungen der SchaLL.NRW.

1. Vorwort

Wenn die Jahre 2020/2021 eine Erkenntnis gebracht haben, dann diese: Das deutsche Bildungssystem ist in einem miserablen Zustand. Corona führt die gravierenden Mängel drastisch vor Augen, die seit Jahren

bestehen und die sich im Zuge der Krise weiter verschärfen. In dieser Situation sind Kolleginnen und Kollegen am Ende ihrer Kräfte! Als Gewerkschaft im personalvertretungsrechtlichen Sinne sitzt SchaLL nicht an den Verhandlungstischen, warnt jedoch eindringlich vor der Bildungskatastrophe durch die verantwortungslose Unterfinanzierung des Bildungswesens – vor allem in NRW mit den geringsten Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung im Binnenvergleich der deutschen Länder:

Link: <https://bit.ly/2SrID1D>

Wir tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräfte sitzen in dem gleichen Boot – allerdings mit unterschiedlichem Netto-Einkommen und ganz unterschiedlicher sozialer Absicherung in einem System der völligen Überforderung. Diese Situation muss sich grundlegend ändern, bevor es zu spät ist!

Diese verantwortungslose Unterfinanzierung bedeutet: Die Lehrkräfte haben viel zu hohe Unterrichtsdeputate, viel zu viele Sonderaufgaben und unterrichten in viel zu großen Klassen. Die ständige Überforderung der Lehrkräfte (nicht nur in der Pandemie!) schadet ihrer Gesundheit und beeinträchtigt die Qualität ihrer Arbeit – zum Schaden der Schülerschaft und unseres demokratischen Gemeinwesens. In dieser Situation dürfen wir Folgendes nicht aus dem Blick verlieren:

In den kommenden zehn Jahren müssen alleine in NRW 78.000 Lehrkräfte eingestellt werden! Diese Zahlen berücksichtigen noch nicht einmal, dass für eine dringend erforderliche Verbesserung der Rahmenbedingungen der pädagogischen Arbeit eine ganz andere Schüler-Lehrer-Relation nötig ist!

Wir brauchen grundsätzlich andere Arbeitsbedingungen und eine bessere und gerechtere Bezahlung für alle Lehrkräfte – dies umso mehr, als nur mit vernünftigen Rahmenbedingungen die benötigten Lehrkräfte gefunden werden können.
-> **Dies bedeutet auch die Beendigung der Zwei-Klassengesellschaft in den Lehrerzimmern, denn wer möchte schon eine enorme Gerechtigkeitslücke als „Normalfall“ erleben?**

SchaLL fordert die Schließung der Gerechtigkeitslücke im Bildungswesen:

Der Netto-Gehaltsunterschied von mehr als 275.000 € zwischen tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften muss geschlossen werden: aus juristischen, moralischen und pragmatischen Gründen:

Link: <https://bit.ly/3orvtfQ>

2. Die zweite Verhandlungsrunde (1. / 2. November 2021)

Die zweite Verhandlungsrunde ist gescheitert.

3. Welche Forderungen werden von den Gewerkschaften für tarifbeschäftigte Lehrkräfte gestellt?

- Entgeltsteigerung um 5 Prozent, mindestens jedoch 150 Euro
- Verbesserung der sog. Paralleltabelle (bezieht sich nur auf wenige Tarifbeschäftigte bis einschließlich E 11)
- stufengleiche Höhergruppierung (bezieht sich auf Beförderungen)

In der Tarifrunde 2021 für den öffentlichen Dienst der Länder geht es um Gehaltserhöhungen für rund 1,2 Millionen Tarifbeschäftigte. Die Gewerkschaften fordern darüber hinaus die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Bezüge der rund 1,3 Millionen Beamtinnen und Beamten sowie der rund eine Million Versorgungsempfänger-innen und -empfänger.

4. Warum sind die Verhandlungen gescheitert?

Die Arbeitgeber haben kein Angebot vorgelegt, sondern ihre Verhandlungsbereitschaft grundsätzlich abhängig gemacht von der Zustimmung der Gewerkschaften zum Thema „Arbeitsvorgang“. So wollen die Arbeitgeber durch die Zerstückelung von Arbeitsabläufen eine schlechtere Eingruppierung von Beschäftigten durchsetzen und damit Geld sparen.

5. Warnstreiks

Am 27. und 28. November 2021 werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Bis dahin finden in vielen Bundesländern Warnstreiks statt – u. a. auch in NRW.

6. Wie bewertet SchaLL die aktuellen Forderungen der Gewerkschaften für Lehrkräfte zur Länder-Tarifrunde 2021?

Falls eine 5%ige Steigerung der Entgelte als Ergebnis erreicht wird, so ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Inflationsrate lediglich die Kaufkraft gesichert. Damit können 200.000 tarifbeschäftigte Lehrkräfte jedoch nicht zufrieden sein.

7. Warum ist SchaLL mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht zufrieden?

Seit Jahren und Jahrzehnten gibt es eine große Gerechtigkeitslücke zwischen tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften – bei gleicher Arbeit und Qualifikation: im aktiven Berufsleben, in der sozialen Absicherung im Berufsleben und im Ruhestand. Nach dem bundesweit beachteten SchaLL-Gutachten aus dem Jahre 2018 addiert sich der Netto-Unterschied zwischen den Einkommen der verbeamteten und der tarifbeschäftigten Lehrkräfte in einem idealtypischen Verlauf auf ca. 275.000 €!

Link: <https://bit.ly/3orvtfQ>

8. ---> Die Forderungen der SchaLL für tarifbeschäftigte Lehrkräfte zur Länder-Tarifrunde 2021:

1. Ein Zeichen der Solidarität setzen

In den letzten 50 Jahren ging die finanzielle Schere immer weiter auseinander.

Die Lösung: Die monatliche Gehaltssteigerung von 1.200 Euro brutto für tarifbeschäftigte Lehrkräfte.

2. Höhergruppierung unter Berücksichtigung von Erfahrungsstufen und Stufenlaufzeit

Tarifbeschäftigte Lehrkräfte, auch Seiten- und Quereinsteiger/innen, nehmen häufig erst gar nicht an Beförderungsverfahren teil: Die aufwendigen Prozesse lohnen sich nicht, wenn Kandidaten durch die derzeit mögliche Herabstufung bei gleichzeitiger Höhergruppierung kaum mit finanziellem Zugewinn rechnen können. **Die Lösung:** Aufwendige Verfahren verschlanken und die Gewinnspanne ausweiten, um Führungspositionen adäquat besetzen zu können.

3. Sofortige Verhandlungen über die Arbeitszeit für tarifbeschäftigte Lehrkräfte

„Es gelten die Bestimmungen für die entsprechenden Beamten in der jeweils geltenden Fassung.“ Mit anderen Worten: In der Arbeitszeit sind die tarifbeschäftigten Lehrkräfte den Beamten gleichgestellt. Zu finden ist dieser Satz im Tarifvertrag aus § 44 TV-L „Sonderregelungen für Beschäftigte als Lehrkräfte“.

Die Lösung: Den Part im Tarifvertrag ersatzlos streichen. Tarifbeschäftigte Lehrkräfte sollten deutlich niedrigere Deputats-Verpflichtungen haben, die Sonderbelastung muss angemessen reduziert werden. (In diesem Zusammenhang muss auch die enorme Deputatsverpflichtung der Werkstattdlehrer von 30 Unterrichtsstunden deutlich reduziert werden.)

4. Fairness auch bei Jahressonderzahlungen

Das „Einfrieren“ der Jahressonderzahlungen auf den Stand von 2018 muss zurückgenommen werden, sodass die alten Berechnungsgrundlagen (35%, 50%, 80%, 95%) wieder in voller Höhe zum Tragen kommen. Außerdem erhält zurzeit derjenige, der als tarifbeschäftigte Lehrkraft nicht am 01.12. eines Jahres beschäftigt ist, nicht den bis dahin erzielten Anteil an der Jahressonderzahlung.

Die Lösung: Integration der Jahressonderzahlung (auf der Basis der alten Berechnungsgrundlagen) – wie bei beamteten Lehrkräften – in die monatlichen Bezüge.

5. Den Beruf attraktiver machen

Lehrkräftemangel, häufiger Lehrkräftewechsel, zu hohe Arbeitsbelastung..., der Lehrberuf steht in der Öffentlichkeit zunehmend in der Kritik. Auch dieses trägt zur Unzufriedenheit bei.

Die Lösung: Zum Beispiel das TV-Fahrradleasing als klimapolitischer Beitrag

zur Mobilitätswende. Beschäftigte können künftig einen Teil ihres monatlichen Entgelts für das Leasing eines Fahrrads umwandeln. Anders als die optionale Regelung im TVÖD soll im TV-L ein Rechtsanspruch auf die Möglichkeit des Fahrradleasings bestehen.

6. Die Wertschätzung von außen stärken

Mangelnde Wertschätzung gehört zu den Faktoren, die Lehrkräfte krank werden lässt.

Die Lösung: Es sollte für alle unbefristet beschäftigten Lehrkräfte die Möglichkeit einer Höhergruppierung (z. B. nach 5 Jahren) in Anlehnung an den Bewährungsaufstieg aus dem ehemaligen BAT installiert werden.

7. Aktuelle Sonderzahlungen ermöglichen

Die Lösung: Vereinbarung des Tarifvertrag „Corona-Sonderzahlung 2020 und 2021“ (in Anlehnung an TVÖD 2020): Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder erhalten Sonderzahlungen zur Abmilderung der besonderen Belastungen während der Corona-Pandemie – jeweils eine Sonderzahlung für das Jahr 2020 und jeweils eine Sonderzahlung für das Jahr 2021. Die Sonderzahlungen müssen bis zum 31.12.2021 ausgezahlt werden. Die Höhe jeder Sonderzahlung ist dabei wie folgt gestaffelt:

für die Entgeltgruppen 1-8: einmalig 600 €

für die Entgeltgruppen 9a-12: einmalig 400 €

für die Entgeltgruppen 13-15: einmalig 300 €

Wer bis zum 31.12.2020 bzw. 31.12.2021 aus dem Schuldienst ausscheidet, soll mindestens auf Antrag die Corona-Sonderzahlung erhalten.

Allgemeines:

Die in diesem Dokument gelisteten Forderungen sind unbedingt notwendig, um das Personal im Bildungssystem zu halten und den zusätzlichen Personalbedarf in den kommenden Jahren und Jahrzehnten decken zu können. Die Verhandlungen sollten öffentlich stattfinden, um transparent und für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen nachvollziehbar zu sein.

Der SchaLL-Vorstand:

Ralf E. Heinrich / Rolf Wigand / Guido Zajonz /
Christiane Büchner / Gudrun Deunert-Kumlehn /
Jörg Schiller / Johanna Striewe

www.schall.nrw

vorstand@schall-nrw.de
